

Landtag Nordrhein-Westfalen
12. Wahlperiode



Vorlage

der Berichterstatter

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz 1999)

- Drucksachen 12/3300 und 12/3400

Einzelplan 03 - Ministerium für Inneres und Justiz

Bericht über das Ergebnis des Berichterstattergesprächs über den Einzelplan 03 gemäß 28 Abs. 1 in Verbindung mit Nr. 6 der Anlage 3 zur Geschäftsordnung des Landtags

**Hauptberichterstatter
Berichterstatter/in**

Abgeordneter
Abgeordneter
Abgeordnete

Schittges CDU
Nowack SPD
Herrmann Bündnis 90/Die Grünen

Das Ergebnis des Berichterstattergesprächs zum Einzelplan 03 ergibt sich aus dem als Anlage beigefügten Ergebnisvermerk.

Anlage

Ergebnisvermerk über das Berichterstattergespräch zum Einzelplan 03 am 05.11.98

1. Teilnehmer/Teilnehmerinnen

Abgeordneter Willi Nowack	SPD
Abgeordneter Winfried Schittges	CDU
Abgeordnete Brigitte Herrmann	Bündnis 90/Die Grünen
LMR Sander	MIJ
MR Schneider	MIJ
MR Kamp	MIJ
MR Nagel	MIJ
RA Friedemann	MIJ
RD Arians	MIJ
OAR Lüdtko	MIJ
AR'in Mazannek	MIJ
MR Dahnz	FM
MR Dr. von Ingersleben	FM
OAR Dürre	FM
OAR Schneider	FM
ORR Fröhlecke	Landtagsverwaltung

2. Allgemeines

Vorbehalt

Der Hauptberichterstatter stellte dieses Gespräch vorab unter den Vorbehalt evtl. Ergänzungen infolge eines kurzfristig zu führenden weiteren Berichterstattergesprächs nach Eingang der zweiten Ergänzungsvorlage zum Haushaltsentwurf.

Privatisierung des Strafvollzugs

Einzige laufende Maßnahme ist die in der JVA Büren (Abschiebehaft). Hierfür sind auch im Haushaltsjahr 99 Mittel vorgesehen. Die bisherigen Erkenntnisse sind positiv. Wegen einer Vielzahl hoheitlicher Tätigkeiten kann generell - so auch in Büren - auf den zusätzlichen Einsatz von Beamten im Strafvollzug nicht verzichtet werden.

Behandlung von Sexualstraftätern

Für die in diesem Jahr begonnenen Maßnahmen sind insgesamt 1,45 Mio DM in verschiedenen Haushaltstiteln etatisiert. Sie sollen 1999 mit unverändertem Mitteleinsatz fortgeführt werden. Die Mittel werden sowohl für die Behandlung während des Vollzugs als auch für Nachbehandlung nach Entlassung benötigt. Das Programm ist langfristig angelegt. Zur Zeit gibt es noch keine Erkenntnisse über dessen Wirksamkeit.

Baumaßnahmen im Bereich Justiz

Im Haushaltsjahr 1999 sind 21 Baumaßnahmen mit insgesamt rd. 129,5 Mio DM vorgesehen. Dabei handelt es sich nahezu ausschließlich um die Fortführung laufender Maßnahmen:

10 Maßnahmen mit einem letzten Teilbetrag von rd.	13,4 Mio DM
9 Maßnahmen mit Fortsetzungsteilbeträgen	113,1 Mio DM
1 Ansatz für Vorarbeitskosten	0,5 Mio DM
1 Maßnahme mit einem 1. Teilbetrag (Brandschutz- und Asbestsanierung in Köln)	2,5 Mio DM.

Der Bedarf für die Fertigstellung der laufenden Baumaßnahmen in den kommenden Jahren beläuft sich auf 231,2 Mio DM.

3. Einzelne Kapitel

Kapitel 03 011 - Ministerium -Bereich Justiz-

Titelgruppe 78 Zusätzliche ADV-Ausstattung und sonstige Maßnahmen zum Ausgleich von Personalabbau

Die Anregung, an dieser Stelle den sachlichen Grund für den Personalabbau (IT-Ausstattung und zentrale Steuerung "Justiz 2003") zu erläutern, wurde aufgenommen.

Kapitel 03 022 - Allgemeine Bewilligungen - Bereich Justiz -

In den Titelgruppen 60 und 78 sowie an verschiedenen anderen Haushaltsstellen sind für ein bis zum Jahre 2003 laufendes Gesamtprogramm zur technischen Modernisierung des Bereichs Justiz fast 500 Mio DM veranschlagt. Im Bereich Justiz wurde der Ansatz um 10,6 Mio DM auf 114 Mio DM gekürzt, weil ein Teilschritt noch im laufenden Jahr abgeschlossen werden kann. Im Jahre 2003 wird die Justiz komplett mit IT (Hard- u. Software) ausgestattet und vernetzt sein.

Kapitel 03 030 - Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge

Titel 536 00 Rückführung

Der Ansatz für die Rückführung der (Bosnischen) Flüchtlinge ist in Anpassung an das Ist-Ergebnis 1997 (Schwerpunkt: Bosnische Flüchtlinge) von 9,15 Mio DM um 9,15 Mio DM erhöht worden.

Aus diesem Titel werden auch die Beteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen an den Bundesprogrammen (REAG/GARP) zur Förderung der freiwilligen Rückkehr ausländischer Flüchtlinge in ihr Heimatland sowie die zusätzlichen Hilfen des Landes zur Förderung der freiwilligen Rückkehr bosnischer Bürgerkriegsflüchtlinge (u.a. Starthilfe, Benzinkostenpauschale, Transportkosten) finanziert. Dabei ist die Grenze zur Auslegung des Begriffs "freiwillig" fließend. Im übrigen wird auf die Vorlage 12/2256 - Aktuelle Information zu ausländer- und asylrelevanten Daten in NRW - hingewiesen.

Titel 684 00 Soziale Betreuung und Beratung von Flüchtlingen

Seit dem Haushaltsjahr 1996 fördert das Land Nordrhein-Westfalen die soziale Beratung und Betreuung von Flüchtlingen in Beratungsstellen und Psycho-Sozialen-Zentren. Es handelt sich um eine freiwillige Leistung des Landes, über deren Vergabe die Bewilligungsbehörde (hier: Bezirksregierung Arnsberg) nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel entscheidet.

Grundlage sind die "Richtlinien" über die Gewährung von Zuwendungen zur sozialen Beratung und Betreuung von Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen vom 8. Dezember 1997". Zur Sicherstellung einer landesweiten Versorgung der Flüchtlinge sind die Beratungsstellen schwerpunktmäßig auf das Land verteilt.

Nach dem angebrachten Haushaltsvermerk werden aus dem Titel im Verhältnis 5 : 1 Träger der in der LIGA (Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen) vertretenen Verbände und verbandsunabhängige Träger (örtliche Flüchtlingsräte etc.) gefördert. Mit den Haushaltsmitteln 1998 konnten landesweit 79 Planstellen (63,5 Stellen von Organisationen der LIGA, 13,5 Stellen von örtlichen Flüchtlingsräten, 2 Stellen des Internationalen Vereins für Menschenrecht in Kurdistan - IMK e.V.) gefördert werden. Mit der Reduzierung der Mittel im Jahre 1999 wäre eine Flüchtlingsberatung in der bisherigen Form nicht mehr möglich. Aus fachlicher Sicht wäre dies sehr bedauerlich. Die letztendliche Entscheidung ist jedoch dem Haushaltsgesetzgeber im Rahmen des Haushaltsgesetzes 1999 vorbehalten.

Die Tätigkeit der Beratungs- und Betreuungsstellen liegt in erheblichem Landesinteresse. Zur Wahrung der Kontinuität der Arbeit der Organisationen der LIGA und der verbandsunabhängigen Träger erscheint es geboten, entsprechende Fördermittel auch im Haushaltsjahr 1999 zur Verfügung zu stellen. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, daß die Empfänger der Zuwendungen im Vertrauen auf die bisherige Veranschlagung der Mittel in den Haushalten 1996 bis 1998 davon ausgegangen sind, ihre Arbeit fortsetzen zu können und Entscheidungen zum längerfristigen Einsatz des Fachpersonals entsprechend getroffen haben.

Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen

Titel 232 10 Erstattung von Verwaltungskosten von Ländern

Die Kürzung um 2,95 Mio DM orientiert sich am Ist-Ergebnis 1997. Im Jahre 1998 erklärt sich der Hohe Ansatz von 3 Mio DM aus der Veranstaltung des Weltwirtschaftsgipfels in Essen.

Titel 427 20 Vergütungen und Löhne für Aushilfen

Zur Steigerungsrate in Höhe von 4 Mio DM für das Haushaltsjahr 1999 (trotz der Einnahmen aus Gebühren) für den Flughafenkontrolldienst sowie zur Frage der Beschäftigung von Aushilfskräften wird auf die Vorlage de MWMTV an den Vorsitzenden des Unterausschusses "Personal" des Haushalts- und Finanzausschusses von 23.09.1998 sowie auf denen Beratung verwiesen.

Titel 813 20 Erwerb von sonstigen Geräten für die Polizei

Dass sich hier die Steigerungsrate nicht am Ist-Ergebnis des Jahres 1997 orientiert, beruht auf der Einführung eines neuen Verfahrens zur Feststellung des Blutalkohols (ohne Entnahme von Blutproben).

Titel 812 60 Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen

Eine möglichst schnelle Modernisierung der technischen Kommunikationsmöglichkeiten erklärt die Erhöhung des Ansatzes um 9,3 Mio DM. Nach Einführung des Corporate Network Polizei NRW (CN-Pol NRW) wird das kostenlose Telefonieren (mit ISDN) der Polizeibehörden untereinander möglich sein.

Bei der Polizei liegt der Schwerpunkt in der Ersatzbeschaffung. Alle zwei bis fünf Jahre muss die Ausrüstung erneuert werden, um möglichst ständig auf dem modernsten Stand der Technik zu stehen. Auch in der Justiz wird die schnelle Entwicklung neuer Techniken zu reinvestiven Maßnahmen führen, dann aber nur Einzelfelder betreffend.

Kapitel 03 210 - Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel 112 10 Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten

Die Reduzierung des Einnahmeansatzes um knapp 26 Mio DM ist irreführend. Zu berücksichtigen sind die zusätzlichen Einnahmeansätze in den Titelgruppen für die Modelleinheiten, die die dezentrale Ressourcenverantwortung mit dem

Ziel der Budgetierung erproben (+ 36 Mio DM). Saldiert ergibt sich gegenüber dem laufenden Jahr eine Ansatzsteigerung.

Titel 422 20 Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikanten und -lehrlinge)

Der Ansatz ist um 12,2 Mio DM gekürzt wegen der rückläufigen Zahl der Beamten im Vorbereitungsdienst. Die zu realisierenden rd. 2600 Kw-Vermerke können nur durch Senkung der Einstellungsermächtigungen erwirtschaftet werden. Das unbefriedigende Ergebnis, wonach ausgebildete Kanzleikräfte nach der Ausbildung in die Arbeitslosigkeit entlassen werden, wird dadurch etwas abgefedert, dass sie nach der Prüfung noch kurze Zeit bei der Justiz verbleiben können. So bleiben die Kräfte, die im Sommer des laufenden Jahres die Prüfung abgelegt haben, noch bis Ende 1998. Die Justiz gibt darüber hinaus Hilfestellung, um möglichst viele ausgebildete Arbeitskräfte an andere Arbeitgeber zu vermitteln.

Bei den **Rechtspflegern** wurde die Zahl der Einstellungsermächtigungen im laufenden Jahr nicht ausgeschöpft. Auch im gehobenen Dienst müssen infolge der Rationalisierung durch den Einsatz moderner IT (z.B. IuK-Technik im Grundbuch, in Registerangelegenheiten) Stellen abgebaut werden. Hinzu kommt, dass die Zahl der Erziehungsurlaube rückläufig ist.

Titel 525 10 Aus-(und Fort)bildung der Bediensteten

Die Kürzung des Mittelansatzes um 2,7 Mio DM ergibt sich aus der Umsetzung von Haushaltsmitteln in einzelnen Titelgruppen im Rahmen von Flexibilisierungsmaßnahmen. Zusätzliche Ausbildungsmittel sind in den Titelgruppen 81-90 veranschlagt. Für die **Fortbildung** (außerhalb des IT-Bereichs) sind insgesamt Mittel in Höhe von 2,9 Mio DM angesetzt. Dies bedeutet gegenüber 1998 eine Erhöhung um 600 000 DM (s.a. Kapitel 03 022).

Titel 532 00 Auslagen in Rechtssachen (einschl. Reiskosten)

Die Erhöhung des Mittelansatzes um fast 19,3 Mio DM berücksichtigt die steigende Tendenz. Im Rahmen der Flexibilisierungsmaßnahmen sind in den Titelgruppen 81-90 weitere Mittel veranschlagt. Die Steigerungsrate in 1998 und 1999 beträgt jeweils 2,5%.

Titel 546 50 Aufwandsentschädigung und Vergütung an Vormünder, Pfleger und Betreuer

Die Steigerung des Ansatzes von 101 Mio DM um 33,8 Mio DM entspricht der raschen Ausgabenentwicklung in diesem Bereich. Unter Berücksichtigung der in diesem und im nächsten Jahr in den Titelgruppen veranschlagten Mittel

ergibt sich eine Ausgabensteigerung von 105 Mio DM auf 140 Mio DM (= + 35 Mio DM). Ob die Novellierung des Betreuungsgesetzes zum 01.01.1099 Auswirkungen auf die Kostenentwicklung haben wird, bleibt abzuwarten. Die Vergütung der Ehrenamtlichen Betreuer (in 75% aller Fälle tätig) wird steigen, die Vergütungssätze für hauptberufliche Betreuer werden geringer gestaffelt. Die Zahl der Betreuungen stieg von rd. 146 100 Fällen im Jahre 1995 auf rd. 175 300 Fälle im vorigen Jahr.

Kapitel 03 310 - 5 Bezirksregierungen

Titel 111 40 Gebühren für Einbürgerungen

Der Rückgang der Einnahmen ist auf die teilweise Verlagerung der Zuständigkeiten in den kommunalen Bereich zurückzuführen (s. VO über die Zuständigkeit in Staatsangehörigkeitssachen vom 09.12.1997 -GV. NW. S.441).

Kapitel 03 350 - Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Gelsenkirchen

Titel 972 10 Globale Minderausgabe zur Erwirtschaftung der Flexibilisierungsdividende

Im Kapitel der FHöV sind erstmals im Haushaltsjahr 1997 verschiedene Haushaltsvermerke aufgenommen worden, die der FHöV einen flexibleren Haushaltsvollzug gestatten. Zum Ausgleich hierfür ist in den Jahren 1997 und 1998 eine globale Minderausgabe in Höhe von 264 000 DM veranschlagt worden (= 3% der Ausgaben der Hauptgruppen 5 und 8). Diese Veranschlagung entfällt im Haushaltsjahr 1999, weil die einzelnen Ausgabeansätze der FHöV auf der Basis der - um die globale Minderausgabe bereits verminderten - Ist-Ausgaben 1997 veranschlagt worden sind.

(Hauptberichterstatter)

(Berichterstatter)

(Berichterstatterin)